



**Fraktion SPD | BFE in der
Stadtverordnetenversammlung Eberswalde**

Eberswalde, 1. Dezember 2021

Änderungsantrag zur Haushaltssatzung 2022/2023

„Erhöhung des Eberswalder Wachstums- und Konjunkturpaket – Förderung von Praxisansiedlungen“

Beratungsfolge:

Ausschuss für Kultur, Soziales und Integration	01.12.2021	Beratung
Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen	07.12.2021	Beratung
Hauptausschuss	09.12.2021	Beratung
Stadtverordnetenversammlung	14.12.2021	Entscheidung

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Der Betrag für das „Eberswalder Wachstums- und Konjunkturpaket“ wird für die Jahre 2022/2023 jeweils um 50.000 Euro auf 100.000 Euro erhöht. Die 50.000 Euro sind allein der Förderung von Praxisansiedlungen vorbehalten.
2. Der zuständige Ausschuss für Kultur, Soziales und Integration prüft zeitnah ob eine Arbeitsgruppe mit Stadtverordneten, sachkundigen Einwohner und Fachleuten zum Thema einberufen werden sollte, um weitere Lösungsansätze bei der Problematik „Ärztmangel in Eberswalde“ zu erarbeiten.
3. Die Verwaltung erarbeitet (ggf. mit der Arbeitsgruppe) im Januar 2022 einen neuen Entwurf der Richtlinie „Eberswalder Wachstums- und Konjunkturpaket“, um diese im Februar 2022 zur Diskussion in die entsprechenden Fachausschüsse zu geben. Die Änderungen in der Richtlinie müssen folgende Punkte beinhalten:
 - Es werden künftig ausdrücklich auch Haus- und Fachärzte in der Förderrichtlinie berücksichtigt.
 - Innerhalb der Richtlinie soll eine Priorisierung zu Gunsten von Praxisansiedlungen erfolgen. Dabei sollen insbesondere Ärzte aus den Fachbereichen bevorzugt behandelt werden, bei denen eine aktuelle Unterversorgung in Eberswalde zu verzeichnen ist.
4. Über den Stand der Ärzteversorgung und Praxisansiedlung soll regelmäßig (mindestens einmal im Halbjahr) im zuständigen Fachausschuss berichtet werden.

Der Betrag von 50.000 Euro soll aus geplanten Mitteln für das Projekt „Innenstadt“ aus dem Bereich Stadtmarketing in Höhe von 40.000 Euro und angesetzten Mehreinnahmen aus dem Bereich Ordnungswidrigkeiten finanziert werden.

Begründung:

Die medizinische Versorgung ist Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge, für die wir als Politik zuständig sind. Im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, müssen wir daher Lösungen finden, um eine gute medizinische Versorgung bereitzustellen.

Experten vom kassenärztlichen Verband, Ärztinnen und Ärzte sowie Vertreterinnen und Vertreter des GLG Klinikums sowie der Verwaltung, weisen darauf hin, dass Ärzte gewisse Erwartungen bei der Praxisansiedlung haben. Eberswalde befindet sich dabei in starker Konkurrenz zu anderen Kommunen und Landkreisen. Daher müssen wir Anreize für (junge) Medizinerinnen und Mediziner schaffen, um Sie für eine Ansiedlung in Eberswalde zu interessieren.

Neben den weichen Standortfaktoren, wie die Lebensqualität beispielsweise durch Kultur, Natur und Freizeitmöglichkeiten, gilt eine Förderkulisse für Ablösen bei Praxisübernahme oder für die Praxissteinrichtung als ein weiterer wichtiger Baustein für Praxisansiedlungen.

gez. Götz Herrmann

Stellv. Fraktionsvorsitzender